

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

Niederschrift Nr. 6

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **11. Dezember 2019** (Beginn 19.00 Uhr; Ende 21.14 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

Vorsitzende: **Ortsvorsteherin Karen Eßrich**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18**

Zahl der Zuhörer: **14**

Namen der **nicht anwesenden**
Mitglieder

Urkundspersonen: **OSR Fettig, OSR Marvi**

Schriftführer: **Hauptamtsleiter Jürgen Dehm**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Gabi Evers, Leiterin Polizeirevier Karlsruhe-
Durlach (TOP 2)
Rechnungsamtsleiterin Margit Schönfeld
Bauamtsleiter Manfred Müller**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **02.12.2019** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 40. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 41. Kriminalstatistik 2018 – Vorstellung durch das Polizeirevier Durlach
- 42. a) Bau- und Unterhaltungsprojekte der Ortsverwaltung Grötzingen 2020-2022
hierzu auch
b) Außenhaut des N6
(Antrag der FDP-Fraktion)
- 43. Informationen und Beteiligung zur Sanierung Schlossschule
(Antrag der CDU-Fraktion)
- 44. Mehlschwalben in Grötzingen
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 45. Situation vor dem Torbogen des ehemaligen Gasthauses „Zur Kanne“
(Antrag der FDP-Fraktion)
- 46. Anpassung der Baumschutzsatzung
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 47. Arbeitskreis Baggersee
(Antrag der MfG-Fraktion)
- 48. Bauanträge
- 49. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet die Ortsvorsteherin alle Mitglieder des Gremiums, ins Mikrofon zu sprechen, um eine einwandfreie Aufzeichnung sicherzustellen. Sie werde sich ebenfalls bemühen, bei der Worterteilung den Namen der sprechenden Person zu nennen.

Zu Punkt 40 der TO: Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Eine Einwohnerin weist darauf hin, dass die Absperrpfosten, die Autofahrer daran hindern sollen, in Fußgänger- bzw. Fahrradwege einzufahren, teilweise fehlten. Es gäbe einen Gewerbeansässigen am Pfinzuferweg, der wohl die Genehmigung habe, diese Pfosten zur Entladung seines Fahrzeugs abzunehmen. Zwischenzeitlich fehle jedoch an drei Stellen, nämlich an der IWKA-Brücke, am Eingang zum Radweg an der Oberausbrücke und Torwiesenstraße beim Obermühlweg jeweils ein Pfosten. Ein Pfosten liege in der Pfinzböschung. Sie möchte wissen, ob das seine Richtigkeit hat.
- b) Dieselbe Einwohnerin bemängelt als Sauberkeitspatin der Stadt Karlsruhe das sich seit etwa zwei Wochen häufende Problem von Kaugummis und rät der Ortsverwaltung, das entsprechende Gerät bereitzuhalten sowie von Karlsruhe einen Kontrolleur anzufordern. Die Vorsitzende und Bauamtsleiter Manfred Müller nehmen dies zur Kenntnis.
- c) Ein anderer Einwohner bemängelt, dass an einigen Stellen im Ort, beispielsweise auf dem Kinderspielplatz am jüdischen Friedhof, das Laub noch nicht entfernt worden sei. Die Vorsitzende rät ihm, eine E-Mail mit diesem Hinweis an die Ortsverwaltung zu schicken.
- d) Der Einwohner teilt weiter mit, er habe heute im Bürgerbüro gefragt, ob derzeit Kapazitäten vorhanden seien, um persönliche Anliegen wie KFZ-Angelegenheiten zu bearbeiten. Er habe hierauf die Aussage erhalten, er solle vorab online einen Termin für die KFZ-Abmeldung vereinbaren. Er habe zuhause dann festgestellt, dass dies nicht gehe. Das einzige, für das Grötzingen freigeschaltet sei, wäre die An- und Abmeldung. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Wagner heute belegt gewesen sei. Wahrscheinlich sei es zu spät gewesen für den heutigen Tag. Derzeit werden zwei weitere Personen geschult. Online-Terminvereinbarungen sind laut OVS Eßrich derzeit lediglich für den laufenden Tag möglich, sodass man am Morgen des Tages, an dem man sein KFZ an- oder abmelden möchte, einen Termin online vereinbaren müsse. Ab Februar 2020 sei hier voraussichtlich ein Volls-service möglich.

Zu Punkt 41 der TO: Kriminalstatistik 2018 – Vorstellung durch das Polizeirevier Durlach

Die Revierleiterin, Frau Evers, weist darauf hin, dass sie die Fallzahlen aus dem Jahr 2018 vorstelle. Betrachtet werden anfangs der Stadtkreis, der Landkreis Karlsruhe und das Polizeirevier Durlach.

Im Polizeirevier Durlach liegt die Gesamtzahl der Straftaten etwa auf dem gleichen Niveau

wie im Vorjahr. Bei Straftaten gegen das Leben gibt es nur sehr geringe Fallzahlen. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind hingegen deutlich gestiegen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass das Strafrecht im Bereich der Sexual-delikte verschärft wurde und sich das Anzeigeverhalten deutlich verändert habe. Zudem seien die Fallzahlen aus der Faschingszeit hierin enthalten. Vorbeziehungen und häusliche Gewalt spielten ebenfalls mit hinein. Auch die Zunahme von Körper-verletzungen sei auf ein gestiegenes Anzeigeverhalten zurückzuführen. Eine deutliche Erhöhung sei auch in Grötzingen bei Sachbeschädigungen zu verzeichnen. Hier bittet Frau Evers darum, sich bei der Polizei zu melden, wenn jemand Beobachtungen mache. Sachbeschädigung sei kein Kavaliersdelikt. Wohnungseinbruchsdiebstähle haben nach vier Jahren der Fallzahlenminimierung in Grötzingen erstmals zugenommen. In Grötzingen wie im Revier liege ein Zuwachs von zwei Fällen vor. Auf Revierebene bedeute dies eine sehr geringe Steigerung von 3,1%, in Grötzingen jedoch um 25 %. Für 2019 erwarte sie eine weitere Zunahme. In Grötzingen stiegen die Fallzahlen entgegen dem Trend im Stadt- und Landkreis auf das Niveau von 2015.

Insgesamt steche Grötzingen aber nicht besonders hervor. In der Gesamtverteilung habe Grötzingen neben Durlach-Aue, Durlach und dem Pfinztal hohe Fallzahlen, was auf die Stadtnähe zurückzuführen sei.

In Grötzingen hat es keine Straftat gegen das Leben gegeben. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind die Fallzahlen in Grötzingen gering (4 Fälle). Hier sind exhibitionistische Handlungen zu nennen und die Tateinheit eines Täters mit mehrfach belegten Delikten. Die Roheitsdelikte sind gestiegen. Einerseits handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. In der Faschingszeit habe es deutlich mehr Straftaten gegeben. Die Zahlen enthalten aber auch häusliche Gewalt und Vorbeziehungen. Andererseits geht es auch um Straftaten gegen die persönliche Freiheit, also Nötigung und Bedrohung. Im Gegensatz zu früher werde Nötigung zunehmend angezeigt. Sie wünsche sich, dass die Bürger hier mehr miteinander redeten, bevor auf die Justiz oder Polizei zugegangen werde. Diebstahl in Grötzingen, so Frau Evers, bedeute vor allem Fahrraddiebstahl. Die Fahrräder würden immer hochwertiger. Wichtig sei, sein Eigentum zu schützen und das Fahrrad abzuschließen. Grötzingen sei deutlich vom Wohnungseinbruchsdiebstahl betroffen. Hier seien zwei Fälle mehr zu verzeichnen, sodass auch hier die Eigentumssicherung durch die Eigentümer wichtig sei. Sie weist zudem auf die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle hin mit den speziell ausgebildeten Fachkräften, die kostenlos die Sicherung des Hauses oder der Wohnung überprüften und Empfehlungen aussprachen. Wenn den Bürgerinnen und Bürgern etwas Ungewöhnliches auffiele, wie ein Auto, das mehrmals durchfährt, sollten sie sich unmittelbar bei der Polizei melden. Dann würden schnellstmöglich Streifen geschickt. Der Trend im Land- und Stadtkreis sei positiv, in Grötzingen gebe es noch Potenzial zur Verbesserung. Sachbeschädigungen und Beleidigungen sind beide gestiegen. Auch Rauschgiftdelikte nehmen zu. Dies sei aber eine Holkriminalität, was bedeute, dass man keine Fallzahlen habe, wenn man nicht kontrolliere. Es wurden Kontrollen durchgeführt und man habe festgestellt, dass der Joint wieder attraktiv geworden sei. Nach keiner Straftat im Vorjahr sei im Jahr 2018 eine Straftat „Gewalt gegen Polizeibeamte“ zu verzeichnen. Im Stadtkreis habe es hier eine deutliche Steigerung gegeben. Hier bittet Frau Evers um Loyalität und die Weitervermittlung dieser an die Jugend. Hochgerechnet auf 100.000 Einwohner fiele auf, dass Grötzingen im Vergleich zu anderen Ortsteilen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit von Straftaten aufweist. In Grötzingen, so Frau Evers weiter, dürfe man sich jedoch trotzdem sicher fühlen. Die Aufklärungsquote konnte auf

49,8 Prozent gesteigert werden. Die Zielmarke liege bei 50 Prozent, sodass die Hälfte aller Verbrechen aufgeklärt würde. Die Täter seien meist männlich und erwachsen. Eine deutliche Zunahme sei jedoch bei Frauen zu verzeichnen. Zunehmend würden auch Jugendliche zu Tätern, unter anderem unter Einfluss von Alkohol. Bei Nichtdeutschen seien in der Regel Ausländer mit Aufenthaltsstatus die Täter, seltener Flüchtlinge oder Asylbewerber. Aus Sicht des Polizeireviers werde aus dieser Statistik nichts ersichtlich, worunter die örtliche Gemeinschaft leide. Leider sei jedoch nach vier Jahren nun eine deutliche Steigerung der Gesamtstraftaten zu erkennen. Die Schwerpunkte sind Diebstahls-, Vermögens- und Fälschungsdelikte, Fahrraddiebstähle und Sachbeschädigungen, auch an Kraftfahrzeugen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die kooperative Zusammenarbeit, explizit auch an Fasching. Ohne die stattfindenden Straftaten herunterzuspielen, nehme man Grötzingen als sehr sicher wahr. Sie bedankt sich für die Beratung und Hinweise zur Wohnungseinbruchschutz-Beratung. Zudem weist sie darauf hin, dass am 6. Dezember eine Veranstaltung zur Einbruchsprävention auf dem Rathausplatz hätte stattfinden sollen. Diese sei ausgefallen und nun auf Januar oder Februar verschoben. Die Ortsverwaltung werde rechtzeitig hierauf hinweisen.

OSR Hauswirth-Metzger fragt, ob aufgeschlüsselt werden könne, welche Räder privat gestohlen wurden und ob der Bahnhof immer noch ein Brennpunkt sei.

Frau Evers bejaht, dass die Statistiker die Straftaten nach Örtlichkeiten aufschlüsselten, diese Informationen habe sie jedoch nicht. Sie denke jedoch, dass man den Bahnhof nicht Brennpunkt nennen könne, da immer wieder auch Fahrräder auf Privatgrundstücken gestohlen würden.

OSR Hauswirth-Metzger begründet ihre Anfrage damit, dass man nun Fahrradbügel habe und es auch für künftige Anträge interessant sei, ob sich hierdurch der Fahrrad-diebstahl reduziert habe. Die Zunahme um 35 Delikte seien 35 Delikte zu viel, sie denke dennoch, dass man sich im Vergleich noch in einem beruhigenden Rahmen befände. Bei kleinen Zahlen sei der Anstieg prozentual immer enorm.

OSR Schönberger fragt, ob die Fallzahlen von Fasching separat vorlägen. Frau Evers erklärt, diese Zahlen gebe es und sie seien von 2018 auf 2019 gestiegen. Zu beachten sei jedoch, dass auch jährlich mehr Teilnehmer in der Faschingszeit anwesend seien. Dieses Jahr seien 2.500 Besucher dort gewesen, teilweise aus der Pfalz und Baden-Baden. Diese Personen kämen nicht, um den Umzug anzuschauen. In der Anfangszeit habe es sich um 600 bis 800 Personen gehandelt.

OSR Schönberger bittet, diese Zahlen nachzureichen, da man hierdurch die Gesamt-zahlen in Grötzingen in Relation setzen könne.

OSR Jäger teilt mit, ihr sei nicht verborgen geblieben, dass Kiffen zunehme und fragt, wie man hier vorgehen solle, ob es sich um einen Kavaliersdelikt handle. Jugendliche sagten, die Polizei mache dabei noch mit und drücke ein Auge zu.

Frau Evers betont, es handle sich hierbei nicht um ein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Das Handeln sei gefährlich und verboten. Man solle die Polizei rufen und, wenn die Beamten mitmachen, möchte sie das gerne wissen. Die Polizei könne kontrollieren und es gebe anschließend eine Anzeige. Bei Halbwüchsigen wirke es, wenn man erkläre, dass dies im Führungszeugnis erscheine und hierdurch die Studien- oder Berufswahl eingeschränkt werden könne. Das Wichtigste seien jedoch Prävention und Aufklärung. Wenn man Kiffen beobachte, könne man die Personen ansprechen oder besser die Polizei zu informieren.

Wichtig sei, dass es einen Augenzeugen gebe, sodass man die Straftat einem Täter zuordnen könne. Dies sei auch bei einer Gruppe Jugendlicher, die Roller klauten, problematisch gewesen, indem man nicht habe nachweisen können, dass der Roller von ihnen geklaut wurde, weil er einfach nur vor ihnen liegt.

Frau Jäger fragt, ob der Diebstahl eines Rollers, dem kein Täter zugeordnet werden könne, trotzdem in der Statistik auftauche.

Dies bejaht Frau Evers. Es handle sich hierbei um eine Anzeige gegen Unbekannt und die Aufklärungsquote werde schlechter.

OSR Schuhmacher freut sich über die hohe Aufklärungsquote und gibt zu bedenken, dass die Ermittlung eines Tatverdächtigen nicht gleichzusetzen sei mit dessen Verurteilung. Er möchte wissen, ob es hierzu Auswertungen gebe.

Frau Evers erklärt, das Revier erhalte über alle Verfahrensausgänge von der Staatsanwaltschaft Mitteilungen. Daher denke sie, dass es statistisch erfasst werde, habe hierzu jedoch keine Informationen. Ihr Ziel sei jedoch, Straftaten zu verhindern bzw. wenn eine Straftat vorliege, den Tathergang unparteiisch aufzuklären und Tatverdächtige zu ermitteln.

OSR Schuhmacher möchte zudem wissen, wie man in der Rubrik 7000 „Strafrechtliche Nebengesetze“ auf die aufgeführte Summe von Zahlen komme.

Frau Evers führt aus, dass Unterschlüsselungen der Einfachheit ausgeklammert wurden. Sie könne ihm hierzu jedoch eine Rückmeldung geben. Die aufgeführten Zahlen seien aus der Gesamtstatistik herausgenommen worden, da eine Gesamtaufstellung den Rahmen sprengen würde.

OSR Siegrist verdeutlicht, dass eine Steigerung von einem auf zwei Fälle eine prozentuale Steigerung von 100 % bedeute, was schrecklich klinge, aber zu relativieren sei.

OSR Weingärtner fragt, ob es Orte gebe, an denen häufig Rauschmittel getauscht oder konsumiert würden und ob an diesen Orten Streife gefahren werde.

Frau Evers erläutert, es gebe keine Szene in Grötzingen. Der Verkauf und Kauf finde überwiegend in Wohnungen statt, was es für die Polizei erschwere.

OSR Weingärtner hakt nach, ob die Gefahr der Entwicklung einer offenen Szene bestehe. Diese Gefahr, so Frau Evers, bestünde immer. Wenn ein Verdacht bestehe, solle man dies melden. Ihr Revier arbeite in diesem Bereich eng mit der Kriminalpolizei zusammen. Es sei festzustellen, dass in Grötzingen im Vergleich zu anderen Ortsteilen und der Innenstadt die Problematik des Rauschgifts wenig ausgeprägt sei.

Abschließend teilt Frau Evers mit, dass sie dieses Jahr das letzte Mal im Ortschaftsrat Grötzingen gewesen sei, da sie auf ein größeres Revier wechseln werde. Sie dankt für die fünfjährige gute Zusammenarbeit.

Zu Punkt 42 der TO:

**a) Bau- und Unterhaltungsprojekte der Ortsverwaltung
Grötzingen 2020-2022**

hierzu auch

**b) Außenhaut des N6
(Antrag der FDP-Fraktion)**

a) Bau- und Unterhaltungsprojekte der Ortsverwaltung Grötzingen 2020-2022

Der Leiter des Bauamtes wird im Gremium die vorgesehenen Projekte mündlich vorstellen.

Gebäude		Maßnahme	Stand	2019	2020	2021	2022
Rathaus 1	Fass. +Innen	Sanierung fertig		X			
		Abrechnung der Gewerke		X	X		
	Innen	Treppenlift einbauen bis 1.OG			X		
		Erneuerung Schließanlage				X	
		Klimatisierung Bürgersaal	Planung	X	X		
		Klimatisierung Bürgersaal	Ausführung			X	
Rathaus 2	Zugang	barrierefreier Zugang		X			
		Erneuerung Schließanlage				X	
	Servicebüro	Umbau			X		
		Erneuerung Heizungsanlage			X		
Rathaus 3 Bauamt, Bauhof		Erneuerung WC Bauhof		X			
		Erneuerung Fenster u. Elektro- u.Datenleitungen		X			
		Erneuerung Schließanlage				X	
Rathausplatz		Neugestaltung	Planung			X	
Begegnungsstätte	Grezzo	Renovierung , Malerarbeiten n. W.			X		
	Saal	Modernisierung Beleuchtung LED			X		
	Küche	Erneuerung Gasherd, Konvektomat			X		
	Dach	Austausch Dachflächenfenster RWA			X		
	Niddaraum	Sonnenschutz einbauen				X	
	Bühnenzug.	Rampe zur Bühne, barrierefrei			X		
	WCs im UG	Sanierung der WCs				X	
Niddastraße 6	Galerie	Umbau zu Galerie u.prov.Zugang		X			
		barrierefreier Zugang	Planung			X	
	Fassade	Untersuchung Sanierungsaufwand	Planung		X		
		Fassadensanierung	Ausführung			X	
Niddaplatz	Feuerwehr	Neugestaltung	Planung			X	
Laubplatz 4		Dachsanierung histor. Teil				X	
		Fenster erneuern, energetische Sanierung				X	
Emil Arheit Halle	Halle	Nutzungsänderung 1200	Planung	X			

		Pers.					
			Ausführung		X		
	ASV	Erneuerung Fenster Kraftraum			X		
	Dach	Dachsanierung. Umkleide und Sanitärbereich	Planung			X	
	SW-Pumpe	Erneuerung SW-Hebeanlage				X	
	Halle	Erneuerung Sportboden					2023
	Sozialräume	Erneuerung Fenster				X	
	Außen	Außenbeleuchtung auf LED umst.			X		
Kita Obere Setz	Dach	Dachsanierung weiterführen			X		
		Container zur Auslagerung 2 Grp.			X		
	Fassade	Holzfassade, Fenster streichen			X		
		Sonnenschutz an Süd- u. Westfass			X		
	Küche	erneuern mit Abluft			X		
		Brandverhütungs-schau		X	X		
	Naturgruppe Bauwagen	Treppenzugang, Strom		X	X		
	Außenanlage	Spielgeräte, Hütte, Sonnenschutz erneuern			X		
Augustenburg Gemeinschaftsschule	Turnhalle	Erneuerung Sportboden					2023
		Erneuerung der Eingangstüren			X		
	2.Cont.	Umbau 2. BA Container für Hort		X		X	
	HD-Bau	Umbau Klassenzi.2.OG in Lernatelier				X	
	Turnhalle	Beh. WC im UG einbauen				X	
Friedhof		Sanierung Boden Kapelle, Anstrich			X		
		Reparatur Dach Kapelle			X		
		Eingangshäuschen sanieren			X		
		neues Urnenfeld erstellen			X		
Forst	Werkstatt	Dachsanierung			X	X	
		Sanierung TW-Brunnen			X		
Reithohl 12		Scheune Instandsetzen			X		
		Heizung, Sanitär, Elektro-Installation erneuern				X	
Hallenbad		diverse Reparaturen, Elektro		X	X		
Kiga Kegelsgrund		diverse Reparaturen		X	X		
KJH		diverse Reparaturen		X	X		

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat nimmt die Bau- und Unterhaltungsprojekte der Ortsverwaltung für das nächste Jahr und den nächsten Doppelhaushalt 2021/2022 zur Kenntnis.

Diese Planung wurde so mit den zuständigen Fachämtern und der Kämmerei zur kurz- und mittelfristigen Finanzplanung abgestimmt.

b) Außenhaut des N6

Die FDP-Fraktion hat beantragt:

Wie bereits vor Monaten von der FDP-Fraktion erwähnt, scheint die Fassade des Gebäudes, ganz besonders auf der West-Seite, deutliche Instandhaltungsrückstände aufzuweisen.

Besonders das Fachwerk ist hier deutlich bewittert und restaurierungsbedürftig. Die Fensterrahmen blättern ab, der Dachtrauf scheint zu zerfallen. Die Verblechung am Fachwerkfuß ist falsch am Platze. An der Ostseite weist der Putz Mängel auf, ebenso der Dachtrauf. Dabei sind die vermutete Verbretterung des Fachwerks und die architektonischen, historisierenden Umbauten am Südteil bei dieser Gelegenheit auf ihre stilistische Eignung zu prüfen, ebenso wie der Anstrich der Sandsteingesimse. Ähnlich der Renovierung des Rathauses vor rd. 40 Jahren scheinen auch hier die Maßstäbe moderner Restaurierung nicht mehr gegeben, mit den bekannten Folgen. Eher ähnlicher Aufwand wie für das Rathaus benötigt sein wird, sollte bald eine Bestandsaufnahme eingeleitet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Untersuchung der Außenhaut des N6 war vom Bauamt der Ortsverwaltung für 2019 bereits eingeplant. Auf Grund der umfassenden Sanierungsarbeiten des Rathauses und der unzureichenden Personalkapazitäten im Bauamt konnten die geplanten Untersuchungen in diesem Jahr nicht durchgeführt werden. Sie werden nun in 2020 ausgeführt. Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse werden die erforderlichen Sanierungsarbeiten geplant und die dafür erforderlichen Mittel angemeldet. Die Arbeiten können dann, je nach Umfang und Kosten, frühestens in 2021 begonnen werden.

Behandlung im Ortschaftsrat:

Zu Beginn dieses Punktes erläutert OVS Eßrich, dass es sich bei den unter a) aufgeführten Projekten lediglich um einen Teilbereich der Aufgaben von Herrn Müller handle. Zu bedenken sei auch, dass dessen Stellvertreter die Ortsverwaltung Grötzingen verlassen werde, was einen zusätzlichen Mehraufwand für Herrn Müller bedeute. In der Liste, die den Ortschaftsräten vorliege, seien alle Planungen, die über die Jahre hinweg notwendig geworden sind, aufgeführt. Diese stünden aufgrund der Haushaltsplanung seitens der Verwaltung bereits seit zwei Jahren fest. Daher seien kurzfristige Anträge nicht möglich. Die Stadtkämmerei lege zudem Wert darauf, dass eine haushaltsreife Planung vorliegen muss. Die Zuständigkeit des Ortschaftsrates beschränke sich auf eine Anhörung. Er habe jedoch die Möglichkeit, der Verwaltung mitzuteilen, welche Priorisierung man bevorzuge. Für die Haushaltsjahre 2021/2022 sei jedoch kaum mehr eine Verschiebung möglich, da der Haushalt bereits aufgestellt sei. Für die kommenden Haushaltsjahre bitte man jedoch um eine Rückmeldung, sodass noch eine Umplanung vorgenommen werden könne. Herr Müller erklärt, er habe die Projekte für die kommenden drei Jahre aufgelistet. Manche Projekte, wie der Treppenlift im Rathaus oder die Schließanlage, liefen bereits. Bis alles auf den Weg gebracht sei, dauere es immer lange. Hinzu komme, dass unplanmäßige Arbeiten aufschlugen, wie das Dach der Kindertagesstätte. Derzeit laufe die Ausschreibung für Container. In solchen Fällen müssten diese Maßnahmen sofort durchgeführt werden,

wodurch Zeit für vorausschauende und vom Ortschaftsrat gewünschte Projekte fehle. So habe er heute im Farrenstall festgestellt, dass Balken in der Dachkonstruktion durchgefault sind. Zu bedenken sei, dass weder zeitlich noch finanziell Kapazitäten frei seien. Daher bitte er darum, bei der Planung neuer Projekte in den Fraktionen Schwerpunkte zu setzen, es könnten nicht alle Vorschläge umgesetzt werden.

OSR Hauswirth-Metzger führt aus, man sei in einer der letzten Sitzungen übereingekommen, in der Kindertagesstätte Kegelsgrund nicht nur Löcher zu füllen, sondern mehr als nur das Nötigste zu machen, nachdem es mit dem Neubau länger dauere.

Sie möchte wissen, ob dies schon in die Auflistung mit eingeflossen sei.

Herr Müller erklärt, in der Kindertagesstätte habe es wieder zwei Einbrüche gegeben und Ausfälle in der Beleuchtung zu verzeichnen gewesen. Derzeit könne lediglich auf Notfälle reagiert werden. Das Bauamt stehe jedoch in engem Kontakt mit der Leiterin der Einrichtung.

Frau Eßrich erinnert an die anstehende Begehung der Kindertagesstätte. Zudem seien alle Maßnahmen, die geplant gewesen seien, durchgeführt worden. Man könne schauen, was ansteht, jedoch nicht versprechen, dass dies im Anschluss direkt umgesetzt werden könne.

OSR Hauswirth-Metzger denkt, es sei sinnvoll, noch etwas zu machen.

OSR Jäger bezieht sich auf das Anwesen Reithohl 12 in der Liste und verdeutlicht, dass es sich bei der Scheune um ein qualitativ geringwertiges Gebäude handle, so dass lediglich Reparaturen zur Substanzerhaltung durchgeführt werden sollten. Vor eineinhalb Jahren habe ihre Fraktion auf das Wohnhaus hingewiesen und sei nun überrascht, dass in der Liste Heizung, Sanitär und Elektroinstallation aufgeführt seien, obwohl andere Arbeiten wie die Holzschlagläden oder Einfachfenster, undichte Dachrinne, Undichtigkeiten am Wintergarten, an der Eingangstreppenanlage oder im Keller dringend notwendig wären. Daher fragt sie, ob hierzu etwas geplant sei. Langfristig sollte ihres Erachtens die Außenfassade gestrichen und mit einer Wärmedämmung versehen werden. Zunächst seien aber die kurzfristigen Reparaturen wichtig.

Herr Müller weist darauf hin, dass derzeit nur auf Notfälle reagiert werden könne. Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft habe die Vorgabe gemacht, dass nur Maßnahmen, die eine Gefahr für Leib und Leben beseitigen, Priorität haben. Bei den von Frau Jäger genannten Arbeiten spreche man schnell von einem Finanzvolumen von 300.000 € bis 400.000 Euro, wobei es energetisch um die gesamte Hülle und die Heizung gehe. Das Bauamt habe dazu nur eine Ein-Mann-Stelle; damit wäre er ein halbes bis dreiviertel Jahr beschäftigt. Momentan setze man sich mit Notfällen auseinander wie beispielsweise der Nutzungsänderung der Emil-Arheit-Halle und den damit zusammenhängenden Nachrüstungsarbeiten. Hier wurde die Nutzungsmöglichkeit auf 1.200 Personen geändert, nachdem die Halle seit mehreren Jahren bereits als Mehrzweck- und Sporthalle genutzt wurde, obwohl dies weder brandschutztechnisch noch baurechtlich zulässig gewesen sei. Daher könne das Bauamt vieles andere nicht mehr leisten, was jedem hier bewusst sein müsse.

Die Vorsitzende betont, dies sei unangenehm und beschämend für die Ortsverwaltung beziehungsweise die Stadt Karlsruhe. Die Stadt treffe auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern.

Frau Jäger möchte wissen, ob für das Jahr 2022 an dem Gebäude Reithohl 12 keine energetischen Maßnahmen vorgesehen seien und ob die Liste abschließend sei.

Herr Müller erklärt, diese sei nicht abschließend, da man keine genauen Untersuchungen durchgeführt habe. Man lege die Schwerpunkte auf die elementaren Dinge, damit das Haus

weiter bewohnbar sei.

OSR Fettig bedankt sich für die klaren und ehrlichen Worte. Er fragt, ob Projekte wie die Neugestaltung des Rathausplatzes nicht in der Stadt geplant würden. Herr Müller bejaht dies und begründet die Aufnahme dieser Maßnahme in die Liste damit, dass man sie dennoch betreue und begleite, sodass auch in der Ortsverwaltung Aufwendungen hierfür entstünden.

OSR Fettig meint, man müsse sich Gedanken machen, wie man dem Notstand entgegenwirke. Hierfür könne weder Herr Müller noch Frau Eßrich etwas, vielmehr gelte es, sich an die nächsthöhere Stelle zu wenden.

Die kürzliche Aussage des Vertreters des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft, die Kindertagesstätte Kegelsgrund sei nicht die schlechteste in Karlsruhe, sei für ihn kein Argument. Es dürfe in anderen Stadtteilen so aussehen, aber seine Fraktion wolle das in Grötzingen nicht.

Die Vorsitzende erklärt zudem, sowohl bei der Ortsverwaltung, als auch in der Stadt seien zusätzliche Personalkapazitäten notwendig, um zu vermeiden, dass vom Gemeinderat beschlossene Projekte nicht umgesetzt werden können. Die Grötzingen Bürger wendeten sich zu recht zuerst an die Ortsverwaltung, aber dazu seien hier auch Ressourcen erforderlich. So müsse eine weitere Stelle voraussichtlich im Mai 2020 beschlossen werden. Sie habe auch bereits vor Monaten das Stadtplanungsamt und das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft bezüglich der Sanierung der Ortsmitte angemahnt, dass in der Ortsverwaltung und den Fachämtern Personalkapazitäten hierfür benötigt würden. Es wäre schlimm, wenn in acht Jahren die Projekte nicht umgesetzt werden könnten, weil Personalressourcen fehlen. Die großen Planungen, wie Mühlgraben oder Niddaplatz, erfolgten zwar in der Stadt, trotzdem habe man aber in der Ortsverwaltung hiermit Arbeit, da Gespräche stattfänden oder Workshops zur Beteiligung durchzuführen seien.

Unterstützen könne man die Ortsverwaltung, indem der Bedarf einer weiteren Stelle zur Unterstützung von Herrn Müller an den Gemeinderat, der hierüber im Mai entscheide, vermittelt werde. Bei den gestellten Anträgen Das letzte Mal wurde vom Gemeinderat lediglich die Hälfte der Stellen bewilligt, obwohl der Bedarf festgestellt war. Es handle sich hierbei um einen Kampf der Ämter und Dezernate, bei denen jeder seine Stellen für die Wichtigsten halte.

OSR Siegrist teilt mit, er wisse aus dem eigenen Betrieb, was alles dahinterstecke. Auch wenn Vieles ausgeschrieben werde, bedürfe es dennoch der Bearbeitung. Seine Fraktion habe letztes Jahr angeregt, neben der Beschattung des Niddaraums auch den Augustaraum mit hineinzunehmen. Herr Müller teilt mit, dies sei berücksichtigt.

OSR Ritzel bedankt sich für die Aufstellung. Er führt aus, das Rathaus sei von seiner Fraktion zum Anlass für den Antrag der N6-Fassade genommen worden. Die Außenfassade des Rathauses sei von seiner Fraktion vor vielen Jahren angemahnt worden, woraufhin lange nichts passiert sei, sodass es letztendlich bei der Renovierung viel teurer und aufwendiger gewesen sei. Sie stellten Anträge nicht, um Druck aufzubauen. Das Setzen von Prioritäten werde dem Bauamt/dem Bauhof überlassen. Es bestehe überall Bedarf. Er habe volles Vertrauen in die Fachleute im Bauamt und Bauhof. Er möchte zudem den Bürgern mitteilen, es sei schlimm, wenn eine Kommune wie Karlsruhe, die viel Geld für viele Dinge habe, sagen müsse, dass ihr 420 Beschäftigte fehlten. Hier sollte man zum Ausdruck bringen, dass ein Sparverhalten nicht akzeptabel sei, bei dem letztendlich Kulturgüter kaputtgingen oder in Bezug auf den Personalmangel bei der Polizei Menschenleben gefährdet würden. Hier sollte der Ortschaftsrat einen gemeinsamen

Antrag stellen, damit ein Verständnis dafür aufgebaut würde, dass eine derartige Personalpolitik seitens des Staates nicht gehe.

**Zu Punkt 43 der TO: Informationen und Beteiligung zur Sanierung Schlossschule
(Antrag der CDU-Fraktion)**

Die CDU-Fraktion hat beantragt:

Die Schlossschule wird derzeit saniert. Über den Umfang der Arbeiten, Ablauf und Ausführung ist aktuell wenig bekannt. Auch stellt sich die Frage in wieweit eine Beteiligung vorgesehen ist.

Deshalb beantragt die CDU-Fraktion, dass

- Raumaufteilung
- Sanierungskonzept und Zeitplan
- Gestaltungskonzept insbesondere die farbliche Gestaltung
- Beteiligungsmöglichkeiten, u.a. Beteiligungsform der Nutzer

von der Fachbehörde im Ortschaftsrat vorgestellt werden.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Das Projekt Schlossschule wurde nach der Entwurfsphase am 13.06.2018 im Ortschaftsrat Grötzingen und im Anschluss dem Bauausschuss der Stadt Karlsruhe vorgestellt. Die Einbindung der Nutzer ist durch die stadtinternen Projektabläufe sichergestellt. Da das Gestaltungskonzept noch nicht abschließend bearbeitet und abgestimmt ist, möchten wir eine weitere Information zur Maßnahme auf März 2020 verschieben. Eine Präsentation des Farbkonzepts ist nur in der Schule mit Hilfe von Farbmustern sinnvoll.

Die Ortsverwaltung wird mit HGW einen Vor-Ort-Termin gemeinsam mit dem Ortschaftsrat zu gegebener Zeit abstimmen.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Pepper führt aus, ihre Fraktion begrüße die Einbindung der Nutzer in die Sanierung. Dies halte sie für das Gestaltungskonzept auch für unabdingbar, weil nicht nur die Bedürfnisse des Denkmalschutzes, sondern auch die Nutzung durch das pädagogische Team der Schule einfließen sollten. In den Räumen soll ein sehr hochwertiges Konzept umgesetzt werden, in dem der Raum als dritter Pädagoge, gerade auch für die Planungen für eine Ganztagschule, eine wesentliche Rolle spiele. Die Bedingungen in den Räumen hätten einen großen Einfluss auf die Nutzer. Bei der Farbauswahl sei daher besondere Sorgfalt anzuwenden und man freue sich, dass die Präsentation des Farbkonzeptes mit einem Vor-Ort-Termin auf eine breitere Basis gestellt werde.

Die Vorsitzende erklärt, dieser Termin werde abgestimmt und auch die Lehrkräfte würden teilnehmen.

**Zu Punkt 44 der TO: Mehlschwalben in Grötzingen
(Antrag der GLG-Fraktion)**

Die GLG-Fraktion hat beantragt:

Mehlschwalben sind bei uns in Grötzingen immer seltener anzutreffen. Gründe für den

Rückgang der Populationen in ihrem Sommerlebensraum bei uns sind unter anderem, dass die Baumaterialien für natürliche Nester für die Vögel immer schwieriger zu finden sind, dass die Nester an den neuartigen Putzen nicht mehr haften und natürlich der Rückgang der Insektenbestände. Zumindest für die ersten beiden Problempunkte kann Abhilfe geschaffen werden:

Die Grötzinger Heimatfreunde kümmern sich unter Mithilfe der Freiwilligen Feuerwehr seit Jahren um den Erhalt der Populationen und ein Wiederansiedeln von neuen Mehlschwalbenpaaren, indem sie interessierte Privatpersonen darin unterstützen, künstliche Nistmöglichkeiten an Gebäuden anzubringen.

Durch diese Initiative brüteten in Grötzingen dieses Jahr wieder 59 Mehlschwalben-paare, nachdem es vor acht Jahren gerade einmal noch halb so viele Brutpaare waren.

Wie auf der Karte zu sehen, finden sich die natürlichen und künstlichen Nester groß-räumig um Unterviertel, Schultheiß-Kiefer-Straße und Niddaplatz, weshalb sich die in diesem Bereich stehenden öffentlichen Gebäude als weitere Standorte für Nester sehr gut eignen würden, zumal Mehlschwalben gesellige Tiere sind und sich gerne dort ansiedeln, wo sie andere Artgenossen treffen und auch den Menschen nicht scheuen.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Ortsverwaltung begrüßt die Installation von Schwalbennestern an öffentlichen Gebäuden in der Ortsmitte. Das Bauamt wird einen Termin mit den Heimatfreunden vereinbaren und an geeigneten Stellen Schwalbennester anbringen.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Hauswirth-Metzger erläutert den Antrag. Die Heimatfreunde Grötzingen hätten bereits in Zusammenarbeit mit Thomas Hauenstein viele künstliche Nester im Ort angebracht. Zusätzlich gebe es Aktionen mit der Freiwilligen Feuerwehr, bei denen Privat-leute die künstlichen Nester erwerben könnten und Unterstützung bei der Anbringung erhielten. Sie bittet um Unterstützung der Heimatfreunde durch die Ortsverwaltung, indem diese Namen herausgebe oder die Bewohner der Häuser anschreibe, an denen weitere künstliche Nester angebracht werden könnten.

Ortsvorsteherin Eßrich möchte die Heimatfreunde im Rahmen der Kapazitäten bei diesem begrüßenswerten Projekt unterstützen. Sie versichert, sich mit dem Verein in Verbindung zu setzen, sie rechne aber aufgrund der Verunreinigungen an der Hauswand mit viel zu leistender Überzeugungsarbeit durch die Heimatfreunde.

Hierzu weist OSR Hauswirth-Metzger auf Kotbretter unterhalb der Nester hin, die diese Verunreinigungen minimierten, so dass nur alle fünf bis sechs Jahre gereinigt werden müsste. Bei Bedarf unterstütze auch die Feuerwehr.

Zu Punkt 45 der TO:

Situation vor dem Torbogen des ehemaligen Gasthauses „Zur Kanne“ (Antrag der FDP-Fraktion)

Die FDP-Fraktion hat beantragt:

Bereits im März dieses Jahres beschäftigte sich der OSR mit der "Freien Sicht auf den Torbogen des ehemaligen Gasthauses „Zur Kanne“.

Ein Antrag, dass der Platz vor dem Torbogen frei bleiben solle, wurde abgelehnt.

Um dem Bogen die ihm zustehende Beachtung und Wahrnehmung zu kommen zu lassen, bittet die FDP nun darum, die Parkflächen vor dem Torbogen in Fahrradstellplätze umzuwandeln:

Die bestehenden Motorradparkplätze rechts des Bogens könnten reduziert und ebenfalls VOR den Kannebogen verlegt werden. Die entfallenden PKW-Parkplätze kämen anstelle der bisherigen Motorradplätze unter.

Diese Maßnahme ließe eine bessere Wahrnehmung des Kulturdenkmales zu - und die Parkplätze blieben erhalten

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Ortsverwaltung schlägt vor, 3 der PKW-Parkplätze direkt vor dem Torbogen in Fahrradparkplätze umzubauen. Dazu werden 12 Fahrradbügel in Bodenhülsen montiert, die man im Bedarfsfall (z. B. bei der Kulturmeile) dann auch zeitweise entfernen kann. Die vorhandenen Motorradparkplätze werden so belassen, da die Tiefe der Parkfläche an dieser Stelle für PKWs nicht ausreicht.

Das Ordnungsamt hat dieser Umnutzung der Parkflächen bereits im Vorfeld der Behandlung des Antrags „Freie Sicht auf den Torbogen“ am 27.03.2019 zugestimmt.



Ansicht Torbogen ``Zur Kanne ``



Fahrradbügel, ähnlich EA-Halle

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Ritzel erklärt, seine Fraktion nehme hiermit den Vorschlag der Grünen auf, den Kannebogen wieder seiner Sichtbarkeit zuzuführen. Hierzu müsse man nicht grundsätzlich Parkplätze opfern. Die Fahrradstellplätze rechts würden nicht oft genutzt, sodass man diese reduzieren könnte. Das Gebüsch rechts des Fahrradplatzes könne man möglicherweise zurücknehmen, um mehr Platz zu schaffen. Zudem sei es eine Überlegung wert, einige Fahrradplätze für Kleinautos auszuweisen. Außerdem habe man den Vorschlag erarbeitet, den Durchgang der Mühlstraße, die den Parkplatz mit der Büchelbergstraße verbindet, zu öffnen, vielleicht sogar einspurig, damit nicht die Neigung entstehe, dort abzukürzen und dafür den Grünstreifen in der Mitte bis zur Post vorzuziehen. Dadurch entstünden zwei Sackgassen, wie es bei Parkplätzen in der Stadt oft vorkomme. Durch diese Lösung würden Parkplätze gewonnen und vor dem Kannebogen könnte die Sicht parkplatzneutral geschaffen werden.

Die Vorsitzende teilt mit, der Aufwand hierfür müsste überprüft werden. Gerne nehme sie solche Vorschläge auf. Die Änderung könnte dann im Rahmen der Sanierung der Ortsmitte umgesetzt werden. Sie nehme mit, dass man keine Reduktion der Parkplätze möchte, sondern eine Umwidmung. Sollte dies nicht möglich sein, ohne dass Parkplätze wegfielen, werde man den Parkplatz nicht antasten. Sollte es mit relativ einfachen Mitteln und seitens des Ordnungsamtes möglich sein, werde man hierfür um eine Anordnung bitten.

OSR Weingärtner meint, es gebe den Beschluss, keine Parkplätze zu opfern. Dies sei durch diesen Vorschlag zu realisieren.

OSR Siegele fragt, ob es sich hierbei nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. OVS Eßrich erklärt, die Entscheidung über Parkplätze obliege dem Ortschaftsrat. Sie schlägt vor, die Angelegenheit im Ausschuss vorzubereiten und eine konkrete Planung vorzulegen, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

OSR Fettig regt an, den Bogen zu beleuchten, um ihn hervorzuheben.

Die Vorsitzende gibt zu bedenken, dass man hierüber mit dem angrenzenden Eigentümer sprechen müsse, befürwortet jedoch, dass Kunstwerke durch Licht besser zur Geltung kommen.

Zu Punkt 46 der TO: Anpassung der Baumschutzsatzung (Antrag der GLG-Fraktion)

Die GLG-Fraktion hat beantragt:

Das Erfüllen der Baumschutzsatzung der Stadt Karlsruhe mit ihrem Schutzzweck:

„§ 2

Wesentlicher Schutzzweck

Wesentlicher Schutzzweck dieser Satzung ist die Erhaltung der geschützten Bäume zur Sicherstellung eines ausgewogenen Klimas, zur Erhaltung von Lebensstätten der Tier- und Pflanzenwelt sowie zur Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes.“

ist aktueller denn je.

Die darin enthaltene Regelung der Ersatzpflanzung ist jedoch nicht mehr zeitgemäß:

„§ 8

Ersatzpflanzungen

*Zum Ausgleich eines genehmigten oder eines nicht genehmigten bestandsmindernden Eingriffs im Sinne von § 3 **kann** die Stadt angemessene und zumutbare Ersatzpflanzungen standortgerechter Gehölze anordnen.“*

In Zeiten des Klimawandels und Artensterbens ist ein „kann“ von Ersatzpflanzungen nicht ausreichend, sondern muss verpflichtend festgelegt werden. Je nach Größe des gefälltten Baumes, müssten sogar zwei oder mehr Ersatzpflanzungen getätigt werden. In anderen Städten wird dies schon umgesetzt: s. Baumschutzsatzungen der Städte Stuttgart und Ravensburg.

Gleichzeitig ist bei einer Anpassung der Baumschutzsatzung darauf zu achten, dass neben der standortgerechten Auswahl auch Tierarten fördernde/schützende und dem zukünftigen Klima in Karlsruhe angepasste Pflanzen ausgesucht werden müssen.

Wir beantragen:

Die Ortsverwaltung Grötzingen setzt sich dafür ein, dass die Baumschutzsatzung der Stadt Karlsruhe hinsichtlich oben genannter Gesichtspunkte überarbeitet wird.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Satzung der Stadt Karlsruhe zum Schutz von Grünbeständen, die sogenannte „Baumschutzsatzung“, wurde erstmals am 8.10.1996 durch den Gemeinderat aufgrund der §§ 25 Abs. 3 und Abs. 5, 58 Abs. 6, 59 Abs. 1 - 7, 11 und § 64 Abs. 1 Nr. 2 des

Naturschutzgesetzes für Baden-Württemberg beschlossen; die letzte Fassung am 29. Januar 2002.

Eine überarbeiteter und angepasster Entwurf der Satzung wird durch die Fachämter der Stadt, insbesondere Gartenbau- und Umweltamt als auch Zentral Juristischer Dienst und den Fachdezernaten erstellt und dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt.

Die Ortsverwaltung wird die Wünsche des Ortschaftsrates zur Anpassung des § 8 an die Fachämter und die Gemeinderatsfraktionen weitergeben und sich hierfür einsetzen.

Den einzelnen Fraktionen des Ortschaftsrates bleibt es unbenommen, diese Wünsche ebenfalls an die entsprechenden Fraktionen weiter zu reichen und für Mehrheiten für eine Anpassung zu werben.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Hauswirth-Metzger bemängelt, dass die Baumschutzsatzung hinsichtlich der Ersatzpflanzung unzeitgemäß sei. So „kann“ die Stadt zum Ausgleich eines genehmigten oder nicht genehmigten Eingriffs eine angemessene und zumutbare Ersatzpflanzung standortgerechter Gehölze anordnen. Aus diesem „kann“ sollte, wie in Stuttgart oder Ravensburg bereits umgesetzt, ein „muss“ gemacht werden. Je nach Durchmesser des Baumes könne zudem die Ersatzpflanzung von ein bis drei Bäumen verpflichtend sein. Man freue sich, dass sich der Gemeinderat diesem Thema annehme. Jedoch fehle eine Auskunft dazu, wann man dies umsetzen wolle. OSR Hauswirth-Metzger bittet daher darum, dies nachzufragen. Sie regt zudem an, sich selbst zu verpflichten, bei Fällungen im öffentlichen Bereich Grötzingens die Ersatzpflanzung von einem oder mehrerer Bäume vorzunehmen. Dies sollte im Ortschaftsrat diskutiert und beschlossen werden.

Die Vorsitzende bekräftigt, beim Dezernat nachzufragen, für wann die Überarbeitung der Baumschutzsatzung terminiert sei. Sie wisse, dass dies dort ein Thema sei, problematisch sei jedoch auch hier die Personalsituation, sodass beispielsweise Kontrolleure fehlten, die die Ersatzpflanzungen Privater prüfen. Die Anordnung von Ersatzpflanzungen innerhalb Grötzingens durch den Ortschaftsrat sei möglich. In der Regel werde dies seitens der Ortsverwaltung bereits so gehandhabt, man könne hierüber jedoch einen Beschluss fassen. OSR Schuhmacher schlägt vor, dass ein Beschluss gefasst wird, in dem die Ortsverwaltung sich dazu verpflichtet, bei Fällungen zwei oder mehr Bäume neu zu pflanzen. Diese Selbstverpflichtung solle man im Anschluss daran mit den Fachämtern und dem Gemeinderat kommunizieren.

OVS Eßrich fasst zusammen, man wolle zunächst aus dem „Kann“ in § 3 ein „Muss“ machen und die Ersatzpflanzung oder auch mehr standortgerechte Gehölze anordnen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt einstimmig, dass sich die Ortsverwaltung Grötzingen für eine Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Karlsruhe einsetzt. Statt dem „Kann“ einer Ersatzpflanzung soll ein „Muss“ festgelegt werden.

Für den Gartenbaubereich des Bauhofes Grötzingen beschließt das Gremium einstimmig, dass die Ortsverwaltung verpflichtet ist, zum Ausgleich eines genehmigten oder eines nicht genehmigten bestandsmindernden Eingriffs bei städtischen Grundstücken mindestens eine, möglichst aber zwei Ersatzpflanzungen standortgerechter Gehölze vorzunehmen.

(Antrag der MfG-Fraktion)

Die MfG-Fraktion hat beantragt:

In der Ortschaftsratssitzung vom Oktober wurde unser Antrag zu Änderungen in der Rechtsverordnung des Baggersees zwar auf die Tagesordnung genommen, wir erhielten jedoch den Hinweis, dass eine Behandlung und Diskussion im Arbeitskreis Baggersee zu erfolgen habe. Die Sitzung des Arbeitskreises würde zeitnah im November stattfinden. In der letzten Sitzung haben sie nun mitgeteilt, dass wegen Terminschwierigkeiten von Fachämtern eine Sitzung erst im März 2020 stattfinden soll. Diese Verschiebung ist nicht hinnehmbar.

Die MfG Fraktion bittet daher um Mitteilung folgender Fragen:

Welche Fachämter haben die Verschiebung des Termins verursacht?

Warum wurde der Termin nicht langfristig terminiert?

Die MfG Fraktion beantragt zudem:

Der Ortschaftsrat diskutiert zunächst vorab die anstehenden Themen zum Baggersee in einer öffentlichen Sitzung im Januar 2020.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Der Antrag wird abgelehnt.

Im Oktober stellte die MfG-Fraktion folgenden Antrag:

„Die MfG-Fraktion beantragt, die og. Punkte im Arbeitskreis Baggersee zu beraten und im Anschluss durch Beschlüsse des Ortschaftsrates Planungen bzw. Änderungen der Rechtsverordnung anzustoßen,“.

Es wurde nicht beantragt, bestimmte Punkte bereits im Ortschaftsrat zu beschließen, wie jetzt behauptet wird. Es wurde lediglich in der Ortschaftsratssitzung im Oktober von der Ortsverwaltung darauf hingewiesen, dass der Antrag unnötig sei, da das beantragte Vorgehen schon immer gängige Praxis darstelle und dass man genau so vorgehe.

Die Ortsverwaltung ist der Auffassung, dass die jahrelange vereinbarte und praktizierte Beratungssystematik, nämlich

1. Abfragen der Rückmeldungen, Vorkommnisse, Bewertungen bei den einzelnen Fachämtern und Beteiligten zur jeweils vorherigen Saison
2. Beratung hierüber im Arbeitskreis und abstimmen des weiteren Vorgehens, weiterer Maßnahmen usw.
3. eventuelle Beschlussvorlage der Ortsverwaltung zu den abgestimmten Veränderungswünschen des Arbeitskreises oder Anträge des Ortschaftsrates hierzu im Ortschafts- und eventuell Gemeinderat aus Gründen der Effektivität, Wertschätzung und Beteiligung nicht geändert werden sollte.

Ein Termin für die Sitzung des AK Baggersee konnte für 2019 nicht mehr abgestimmt werden, aufgrund Terminschwierigkeiten bei allen Ämtern einschließlich der Ortsverwaltung. Die Gründe hierfür sind verschieden (u.a. Arbeitsauslastung, keine Terminkapazitäten, Krankheit). Nun wird ein gemeinsamer Termin ab Mitte Januar bis Ende Januar abgestimmt.

Eine Vorberatung im Ortschaftsrat ist nicht sinnvoll, da die notwendigen Stellungnahmen für eine Beschlussfassung nicht vorliegen, die Beteiligung der wesentlichen Akteure nicht stattfand und auch keine entsprechenden Anträge seitens des Ortschaftsrates vorliegen. Es wird daher empfohlen, diesen Antrag abzulehnen.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Schuhmacher erläutert den Antrag und bedauert, dass ein Termin für den Arbeitskreis Baggersee 2019 nicht zustande kommen werde. Er schlägt vor, den Termin des Arbeitskreises jährlich festzulegen, ähnlich wie bei den Ortschaftsratssitzungen. Drängendstes Thema sei der Parkplatz, da dieser stark bei der Nutzung der Emil-Arbeit-Halle in Anspruch genommen werde. Er bittet darum, den hierzu gestellten Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Hieraufhin teilt die Vorsitzende zwei Termine mit, an denen im nächsten Jahr der Arbeitskreis Baggersee tagen solle. Diese Sitzungen sollen voraussichtlich am 29. Januar 2020 und am 25. November 2020, jeweils um 19 Uhr, stattfinden. Die jährlichen Sitzungstermine werden künftig in den Katalog der Ortschaftsratssitzungen aufgenommen. Sie weist darauf hin, dass weitere Anträge eingegangen sind, die im Arbeitskreis Baggersee mit einer Stellungnahme der Fachämter vorberaten und gegebenenfalls im Februar im Ortschaftsrat behandelt werden. Dies betreffe die bereits eingereichten Anträge der MfG, SPD und CDU. Weitere Anträge könnten noch bis Weihnachten eingereicht werden.

OSR Jäger fragt, ob die Themen gleich im Arbeitskreis und nicht in der Januarsitzung des Ortschaftsrats behandelt würden, was die Vorsitzende bestätigt. Eine Behandlung im Ortschaftsrat erfolge im Februar.

OSR Schuhmacher möchte das Parkplatzthema separat behandeln, da dies nicht nur den Baggersee, sondern auch die Halle und die dortigen Veranstaltungen tangiere.

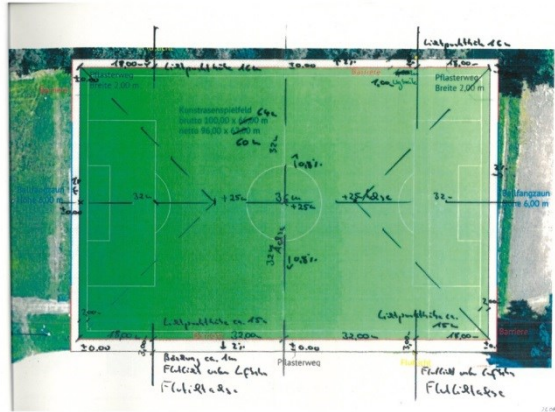
OVS Eßrich weist darauf hin, dass man hierzu kurzfristig keine Stellungnahme mehr erhalten könnte. Teilflächen wurden geräumt, so dass wieder mehr Parkplätze zur Verfügung stünden. Der sondergenutzte Parkplatz in der Mitte bliebe erst einmal so bestehen. Daher werde man dies im Arbeitskreis vorberaten und im Anschluss im Februar im Ortschaftsrat beschließen.

Zu Punkt 48 der TO: Bauanträge**a) Baugenehmigung: Neubau einer 4-Mast-Flutlichtanlage
Flurstück 6038 / 2**

Das Bauvorhaben liegt im Freizeit- und Sportzentrum.

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag zu.



Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Siegele fragt, ob diese Anlage nicht bereits stünde. Die Vorsitzende bestätigt das und erklärt, es handle sich um eine Nachgenehmigung.

OSR Fischer nimmt wegen Befangenheit im Publikum Platz.

OSR Hauswirth-Metzger möchte wissen, ob das Licht insektenfreundlich sei. Die Vorsitzende informiert, dass OSR Fischer den Ortschaftsrat informieren dürfe. Er erklärt, sechs Flutlichtmasten auf Platz 2 wurden abgebaut und durch vier LED-Flutlichtmasten ersetzt. Diese seien insekten- und spielerfreundlich.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag einstimmig zu.

Zu Punkt 49 der TO:

Mitteilungen und Anfragen

- a) Die Vorsitzende erklärt, der von OSR Siegele angefragte BMX-Trail an der Hattenkellenhohl befinde sich auf Grundstücken in Privateigentum. Daher könne er von der Stadt nicht zurückgebaut werden. Sie werde sich hiermit an den Feldhüter wenden.
- b) OVS Eßrich teilt mit, bei der Augustenburgstraße handle es sich nach Aussage des Ordnungsamtes um eine Gemeindestraße.
- c) Die Ortsvorsteherin führt aus, derzeit werde der Container 3 abgebaut, was jedoch Zeit beanspruchen werde.
- d) Die Sitzungsleiterin teilt mit, die Brücke über den Pfinzentlastungskanal stehe kurz vor der Fertigstellung. Die Zufahrt zur Wertstoffstation und Tierkörperbeseitigungsanstalt von der Grezzostraße her werde vom 16. bis 22. Dezember voll gesperrt. In dieser Zeit könne die Wertstoffstation nur von Norden über die Bruchwaldstraße angefahren werden. Ab 23. Dezember 2019 solle alles wieder geöffnet werden, sodass auch die Brücke nach Durlach noch vor Weihnachten wieder befahrbar sein werde.
- e) Oberbürgermeister Mentrup, so OVS Eßrich weiter, habe sich der Problematik zur Verkehrssituation in der Augustenburgstraße beziehungsweise der Karl-Martin-Graff Straße angenommen. Er bitte alle Fachbehörden um eine abschließende, etwas fundiertere, Stellungnahme. Vor diesem Termin mit dem Oberbürgermeister habe es am 4. Dezember 2019 einen Termin mit allen Verkehrsfachbehörden gegeben, nachdem durch das Schreiben des Ordnungsamtes vom 15. November 2019 Gesprächsbedarf

bestand. Hier haben sich Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe, des Tiefbauamtes, des Stadtplanungsamtes, der Polizei, des Ordnungs-amtes und der Ortsverwaltung getroffen. Dabei wurden die Messzahlen aus der Karl-Martin-Graff Straße betrachtet. Aus diesen habe sich laut Ordnungsamt kein Regelungsbedarf in Form einer Anlieger- oder Einbahnstraße ableiten lassen, da die Zahlen sehr gering seien, zumal sich die Verkehrsteilnehmer im wesentlichen an die Geschwindigkeitsregelungen hielten. Der Oberbürgermeister habe jedoch zugesagt, sich diese Zahlen genau anzuschauen, um eine Rückmeldung zu geben, ob das Recht seitens des Ordnungsamtes richtig angewendet wurde.

Die Augustenburgstraße müsse als offizielle Umleitungsstrecke für die B 10 so ausgelegt sein, dass sie den Verkehr aufnehmen kann, damit der Verkehr aus Grötzingen möglichst schnell abfließen könne. Sie könne daher nicht als Anliegerstraße ausgewiesen und damit für andere Verkehrsteilnehmer gesperrt werden. Eine Pfortnerampel am Eingang des Tunnels wie auch danach an der Auffahrt von der Augustenburgstraße auf die B 10 würde vom Regierungspräsidium und Verkehrsministerium abgelehnt. Die genauen Hintergründe hierfür wolle Oberbürgermeister Mentrup erfragen. Die Stauwarnanlage am Tunnel wurde vor Monaten schon angepasst, was dazu führen soll, dass die Verkehrsteilnehmer eher den Tunnel nutzen als über die Augustenburgstraße fahren. Geprüft werde nun vom Tiefbauamt, ob eine digitale Anzeige vor dem Tunnel, die die Durchfahrtszeit anzeigt, die Nutzung des Tunnels erhöhen würde. Zu bedenken sei, dass Umleitungsstrecken von Autobahnen in der Regel länger und komplizierter seien, als auf der Autobahn zu bleiben. Dies sei in Grötzingen anders. Aufgegriffen wurde erneut die Aufweitung der Einmündung Augustenburgstraße auf die B10. Hierzu müsse sich das Stadtplanungsamt mit dem Regierungspräsidium abstimmen. Geprüft werde nun zunächst die Durchführbarkeit eines Verkehrsversuchs hierzu. Abgelehnt werde dieser, wenn LKWs den Schwenk nicht machen könnten oder ein Baum gefällt werden müsste. Sollte der Verkehrsversuch möglich sein, werde das Stadtplanungsamt den Vorschlag an das Regierungspräsidium geben, welches dann noch zustimmen müsste. Neu sei auch der erneute Prüfauftrag für das Stadtplanungsamt, ob die Verkehrsampel am Grenzweg ursächlich für den Stau im Tunnel sei. Die Auswertung der Zahlen an dieser Ampel sei bisher im Stadt- und Landkreis unabhängig voneinander vorgenommen worden.

- f) Die Vorsitzende weist auf die Broschüre zum Bodenordnungsverfahren in Karlsruhe, den am Vortag vom Gemeinderat festgestellten Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie die Broschüre „Daten und Fakten 2019“ hin.
- g) OVS Eßrich lädt zu folgenden Terminen ein:
 - 27. Dezember 2019 – Vernissage der Fotoausstellung gemeinsam mit dem Verein Foto-Medien-Kunst
 - 29. Januar 2020, 19 Uhr – Arbeitskreis Baggersee
 - 25. November 2020, 19 Uhr – Arbeitskreis Baggersee
- h) OSR Ritzel fragt, ob sich bezüglich der Gehwegsituation bei der Baustelle in der Gustav-Hofmann-Straße etwas ergeben habe. Herr Müller erklärt, für dieses Grundstück gebe es einen neuen Eigentümer und einen neuen Bauantrag. Der neue Eigentümer sehe sich nicht in der Pflicht, da er für die Vorlasten nicht verantwortlich sei. Dies werde derzeit juristisch geprüft. Solange der Gehweg nicht instandgesetzt werde, könne man die Absperrung nicht entfernen.

- i) OSR Ritzel möchte zudem wissen, ob der früher im Rathaus 2 stehende Holzkasten zur Abgabe von CDs, Druckerpatronen oder Batterien wieder aufgestellt werde.
OVS Eßrich sagt, die Frage sei, wo dieser Kasten aufgestellt werden könne. Im Rathaus 1 hätte sie ihn ungern, am bisherigen Standort im Rathaus 2 sei es nicht mehr möglich. Eventuell könne man ihn beim Umbau des Servicebüros berücksichtigen.
- j) OSR Ritzel weist ergänzend darauf hin, dass Anwohner in der Kirchstraße den nächtlichen Umtrieb und die erhebliche Lautstärke im Schulhof bemängelten. Dies trete nun durch die bauliche Situation zwischen dem Schlossschulgebäude und dem neuen Gebäude besonders hervor. Er möchte wissen, ob man den Schulhof nachts mehr kontrollieren oder etwas zur Abhaltung des Schalls baulich installiert werden könnte. Die Ortsvorsteherin erklärt, dass diese Thematik bereits an die Polizei und den Kommunalen Ordnungsdienst weitergegeben wurde, da sie schon im Sommer im Ortschaftsrat auftauchte. Kontrollen werden im Rahmen der dortigen Kapazitäten durchgeführt.
- k) OSR Weingärtner lobt, dass die Bushaltestelle Nord gesäubert und geräumt wurde. Zudem scheine die Terminierung aktuell im Bürgerbüro zu funktionieren, da aktuell wohl alle Stellen besetzt sind. Ein Dank gebühre auch Herrn Kuketz für das Ablegen des Tannenreisigs für das Schmücken des Rathauses.
- l) OSR Dürr teilt als Anwohner der Staigstraße mit, dass sich der Lärm aus dem Bauhof vermindert habe. Dies könne jedoch auch mit den winterlichen Temperaturen zusammenhängen oder doch mit Kontrollen. OSR Weingärtner weist darauf hin, dass sie auf dem Schulhof auch schon Jugendliche erfolgreich angesprochen habe.
- m) OSR Dürr bedankt sich für den Rückbau des Bauzauns an der Augustenburgstraße und weist darauf hin, dass dort alle Laternen ausgefallen seien.
- n) OSR Pepper informiert, dass es im Edeka im Eingangsbereich eine Sammelstelle für CDs, Toner oder Handys gebe.
- o) OSR Jäger teilt mit, sie habe gehört, es sei fraglich, ob es künftig die Kultur-Natur-Broschüre noch gebe, was sie bedauern würde. Zum Jahresprogramm fragt sie weiter, ob es veröffentlicht werde.
Die Vorsitzende erklärt, es werde aus personellen Gründen eine reduzierte Version dieser Broschüre in Tabellenform geben. Zudem werde angestrebt, die Broschüre wieder vollumfänglich zu gestalten, wenn hierfür Personal durch Besetzung einer Stelle zur Verfügung stehe. Das Jahresprogramm werde demnächst veröffentlicht.
- p) OSR Siegele fragt, ob die Bevölkerung eine Sachstandsmeldung bezüglich der Neuverpachtung des Restaurants „Grezzo“ erhalten könne.
Hierzu teilt Frau Eßrich mit, er könne informieren, dass die Bewerbungsfrist beendet sei und man nun die eingegangenen Bewerbungen sichten werde.
- q) OSR Hauswirth-Metzger fragt, ob der interfraktionelle Antrag zu Verkehrsversuchen

bestehen bleibe, auch wenn die Stadt nun schon auf das Feld aufgesprungen sei. Dies bejaht die Vorsitzende; der Antrag werde im Januar behandelt.

- r) OSR Hauswirth-Metzger möchte weiter wissen, wie die Essensversorgung im Hort geregelt ist. Nach Aussage einer Mutter sollten die Kinder eigentlich in der Mensa essen, gingen aber nicht und erhielten das Essen in den Hort geliefert.
Frau Eßrich erklärt, dass die Kinder seit dem 2. Dezember 2019 wieder in der Mensa essen. Der erste Tag nach den Sommerferien sei sehr chaotisch verlaufen, weshalb das dann in der Mensa abgebrochen wurde. Nach einem klärenden Gespräch mit allen Beteiligten wurden verschiedene Dinge nachgebessert und wieder neu gestartet. Während der Ferien werde das Essen in den Hort geliefert.
OSR Hauswirth-Metzger bittet um eine Information, ob das neue Verfahren nun funktioniere. Sie habe beim Elternbeirat zurückgefragt, so die Vorsitzende, eine Rückmeldung stehe aber noch aus.
- s) OVS Eßrich wünscht eine gute Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer